



EINGANG

20. April 2015

Staatskanzlei

K-Nr. 22.2297

An den Regierungsrat  
des Kantons Schaffhausen  
Regierungsgebäude  
Beckenstube 7  
8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 17. April 2015

## Kleine Anfrage 2015/11

### Interpretation Abstimmungsergebnis Budget 2015

#### Vorbemerkung

Seit am vergangenen Sonntag das Budget 2015 vom Schaffhauser Stimmvolk abgelehnt wurde, kursieren in den Medien diverse Aussagen – insbesondere von bürgerlichen Politikerinnen und Politikern – darüber, wie das Abstimmungsergebnis zu interpretieren sei. Sehr prominent hat sich auch die zuständige Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel geäussert. Sie hielt unter anderem fest, dass nun Regierung und Parlament diesen Volksentscheid zu interpretieren hätten. Gerne wüsste ich von der Regierung, wie sie den Entscheid interpretieren will.

Meinen Frage stelle ich eine eigene, umfassende Analyse und Interpretation des Abstimmungsergebnisses voran. Gerne hätte ich von der Regierung gewusst, wo ihre Interpretation von meiner abweicht – und weshalb.

#### Ausgangslage

In Ihrer Stellungnahme gegenüber Radio Munot vom 12. April bezüglich des Ausgangs der Volksabstimmung über das Budget 2015 hielt die Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel fest, dass das Abstimmungsergebnis schwierig zu interpretieren sei. Sie hält weiter fest, dass man beim Betrachten des Resultats, insbesondere in Gemeinden, wo man wisse, wie sie stimmen würden, davon ausgehen müsse, dass es ziemlich viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegeben habe, die fänden, man spare zu wenig, man gebe immer noch zu viel aus und man solle das nicht mit höheren Steuern kompensieren. Es seien insbesondere diese Gemeinden gewesen, welche hier Nein gestimmt hätten.

Weiter stellt die Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel in ihrer Stellungnahme fest, dass die 54.4 % Nein-Stimmen mehr seien, als was dem Mobilisierungspotential der SP entspreche. Sie zieht den Schluss, dass auch Bürgerliche das Budget abgelehnt hätten.

## These

Zusammengefasst wird behauptet, dass diejenigen Gemeinden, die tendenziell bürgerlich wählen und stimmen, welche sich also für tiefere Ausgaben und Steuern aussprechen, das Volks-Nein zum Budget herbeigeführt hätten.

## Analyse

In der folgenden Analyse wird bewusst darauf verzichtet, das Abstimmungsergebnis politisch zu erforschen. Ob letztlich das Referendums-Komitee durch das Sammeln der Unterschriften und durch das Führen eines klaren und dezidierten Abstimmungskampfes das Nein herbeigeführt hat oder ob es die Nein-Parole der Jungfreisinnigen war, soll Gegenstand einer anderen politischen Diskussion sein. Hier geht es lediglich darum, die These, dass bürgerliche Gemeinden das Volks-Nein herbeigeführt hätten, zu analysieren.

In Schaffhausen haben wir die komfortable Ausgangslage, dass sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in den vergangenen Jahren zu verschiedenen Themen bezüglich Sparen oder Ausbau des Service public und Steuererhöhungen oder Steuersenkungen an der Urne äussern konnten. Die Aussage von Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel, dass man von den Gemeinden wisse, wie sie stimmen würden, ist also korrekt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger konnten sich in den vergangenen Jahren unter anderem zu folgenden Fragen äussern:

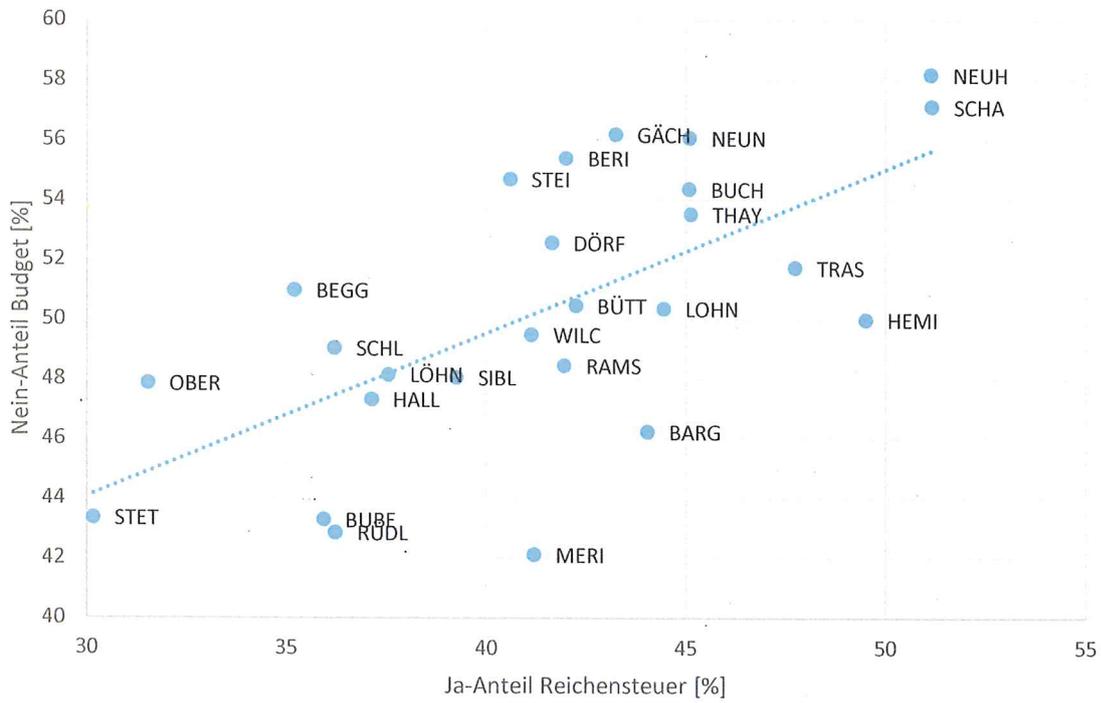
- Reichensteuer
- Pauschalsteuer (Bund)
- Flextax
- Landeskirchen
- Kieferorthopädie
- Steuern runter
- Prämienverbilligung
- Pauschalsteuer (Kanton)

Die aufgeführten Abstimmungen stellen lediglich eine Auswahl dar. Alle Volksabstimmungen haben aber direkt oder indirekt entweder mit der Frage nach höheren oder tieferen Steuern oder mit der Frage nach einem Ausbau oder Abbau des Service public zu tun. Bei der Abschaffung der Pauschalsteuer (Bund) gilt es zu berücksichtigen, dass sich diese auf die nationale Ebene bezieht. Alle anderen Abstimmungen beziehen sich auf den Kanton.

Um nun die These, dass normalerweise bürgerlich stimmende Gemeinden beim Budget Nein gestimmt hätten, zu prüfen, müssen die jeweiligen Abstimmungsergebnisse pro Gemeinde mit dem Nein-Stimmen-Anteil zum Budget verglichen werden. Dabei gilt es festzustellen, ob es einen Zusammenhang gibt und falls ja, ob dieser die These stützt oder widerlegt.

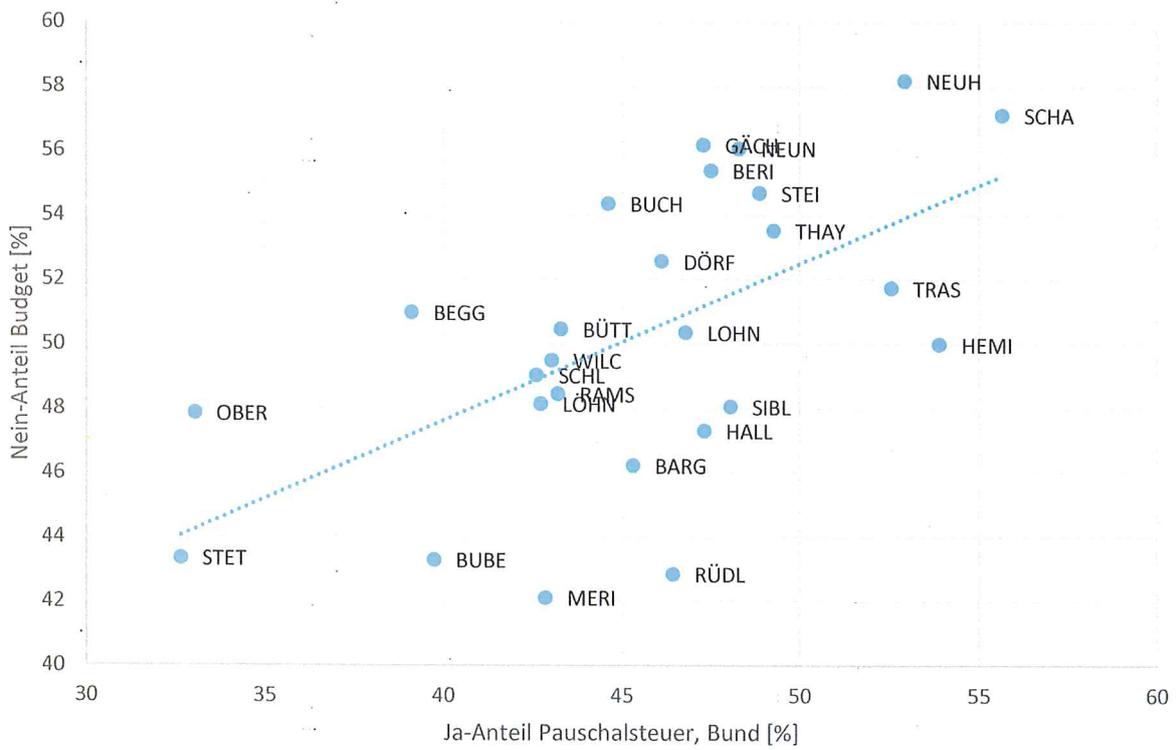
Die folgenden Grafiken zeigen die linearen Regressionen zwischen dem Nein-Stimmen-Anteil zum Budget und der jeweiligen Abstimmung.

**Reichensteuer (30.11.2014)**



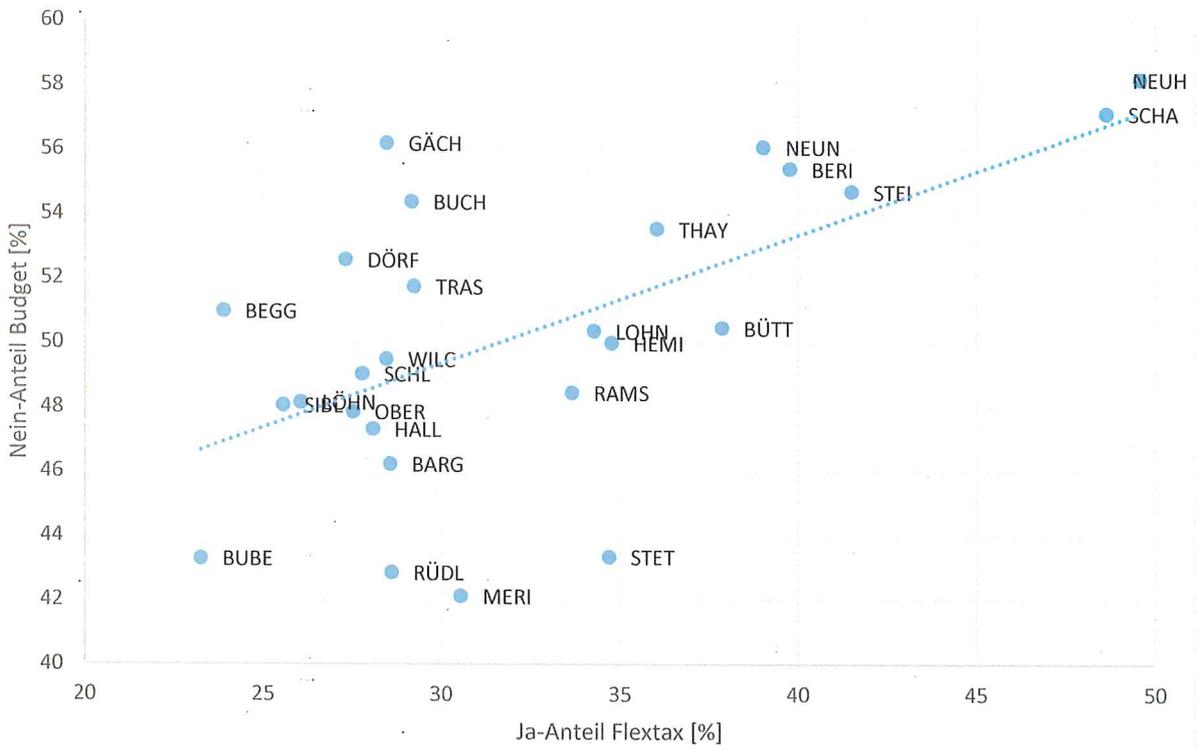
Signifikanz: 0.000296

**Pauschalsteuer (Bund) (30.11.2014)**



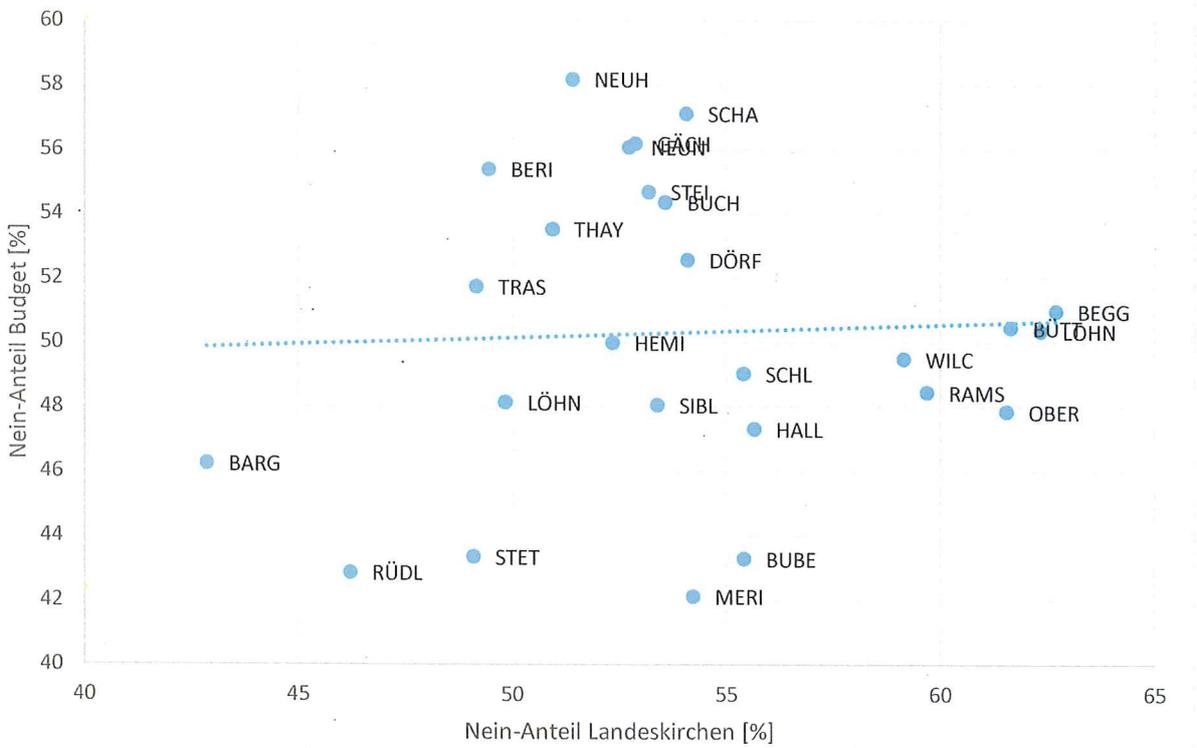
Signifikanz: 0.001557

**Flexntax (28.09.2014)**



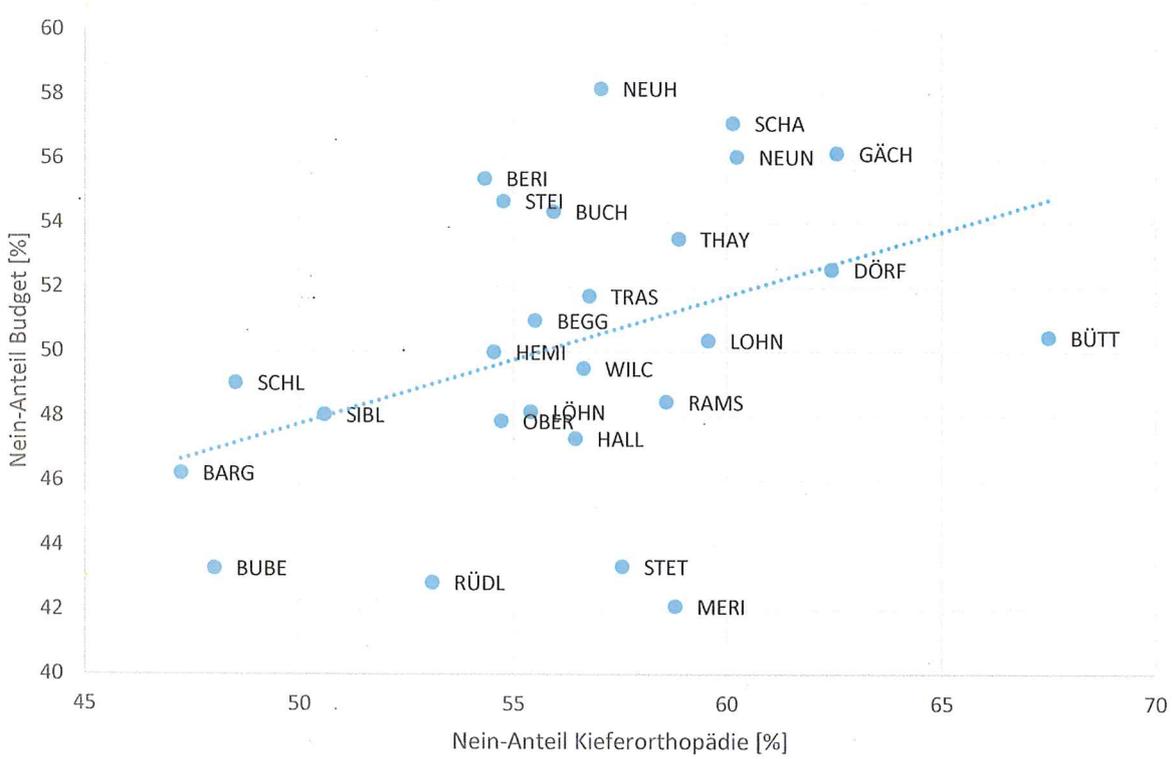
Signifikanz: 0.00102

**Landeskirchen (24.11.2013)**



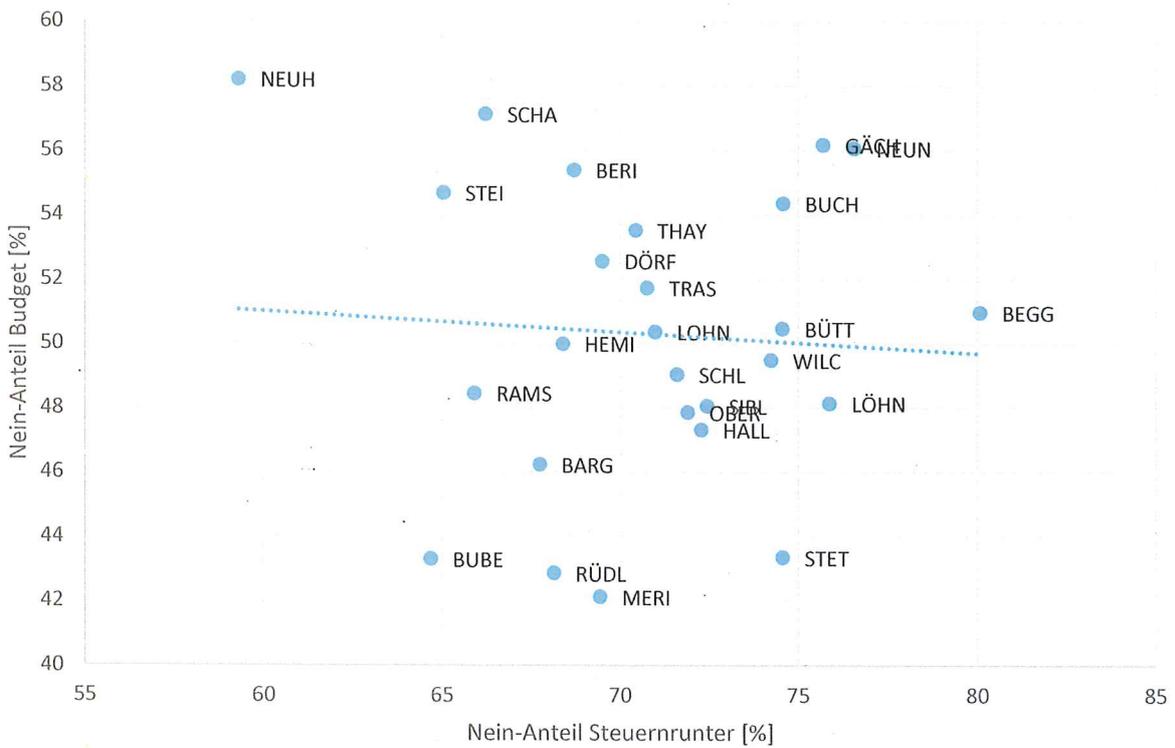
Signifikanz: 0.831

**Kieferorthopädie (24.11.2013)**



Signifikanz: 0.0423

**Steuern runter (03.03.2013)**



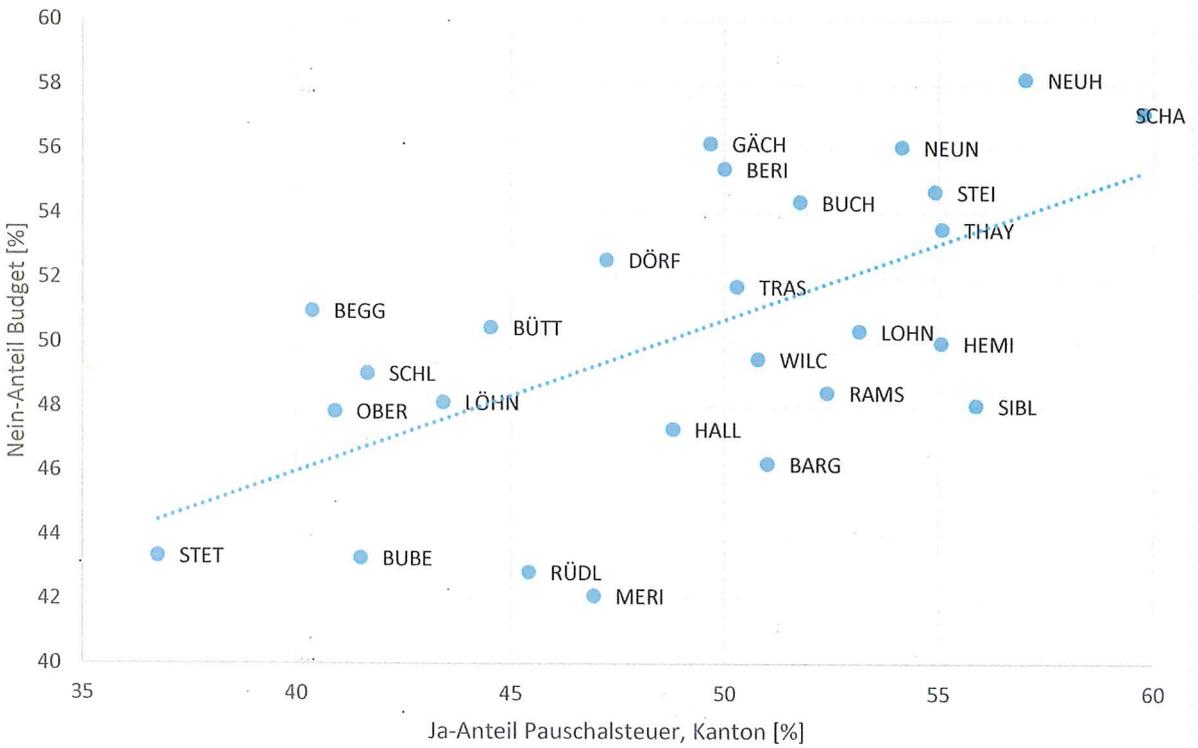
Signifikanz: 0.75393

**Prämienverbilligung (25.11.2012)**



Signifikanz: 0.00000228

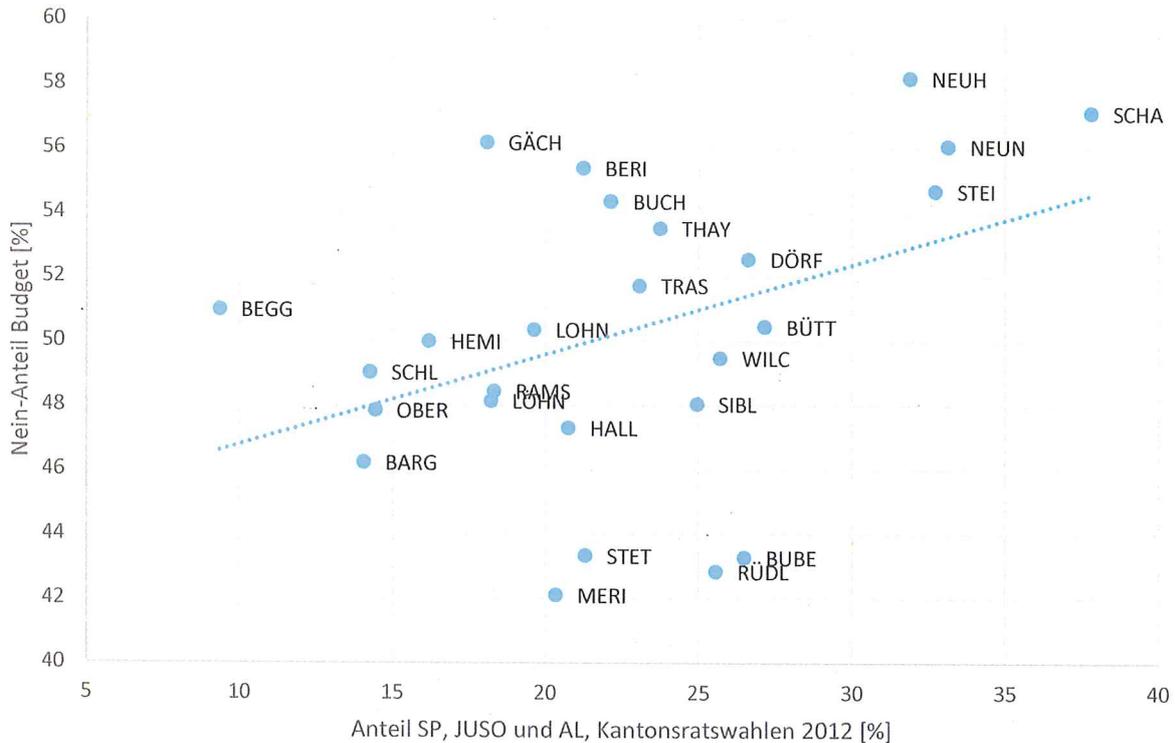
**Pauschalsteuer (Kanton) (25.09.2011)**



Signifikanz: 0.000944

## Wahlverhalten

Um das Ergebnis der Abstimmung über das Budget zu interpretieren kann man weiter das Wahlverhalten der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in den einzelnen Gemeinden analysieren. Wenn man dieses wiederum mit dem Nein-Stimmen-Anteil zum Budget vergleicht, so kann man die These prüfen, ob bürgerlich wählende Gemeinden auch Nein zum Budget gestimmt haben. In der folgenden Grafik wurde für jede Gemeinde der Anteil, welchen SP, JUSO und AL zusammen bei den letzten Kantonsratswahlen gemacht haben, mit dem Nein-Stimmen-Anteil zum Budget verglichen:



Signifikanz: 0.03807

## Interpretation

Bei einem Signifikanzniveau von 5 % zeigt sich, dass alle Abstimmungen, ausser diejenige über die Landeskirchen und diejenige mit dem Titel «Steuern runter», signifikant mit dem Nein-Stimmen-Anteil zum Budget korrelieren. Dies bedeutet, dass es einen Zusammenhang zwischen den verglichenen Grössen gibt. Weiter kann man festhalten, dass alle signifikanten Korrelationen darauf hinweisen, dass Gemeinden, welche einen hohen Nein-Anteil bei der Budgetabstimmung aufweisen auch Sparmassnahmen ablehnen oder einem Ausbau des Service public zustimmen. Das gleiche Ergebnis kann man bei Abstimmungen zu Steuerfragen sehen: Gemeinden, welche Steuererhöhungen zustimmen, sagen tendenziell auch mit einem höheren Anteil Nein zum Budget. Es gibt in der ganzen Analysereihe keinen Fall, wo Gemeinden, welche bürgerlich wählen und abstimmen einen signifikant hohen Nein-Anteil beim Budget aufweisen. Bei der Volksabstimmung über die Beiträge an die Landeskirchen kann keine Korrelation festgestellt werden. Dies kann die These weder stützen noch falsifizieren. Bei dieser Abstimmung gilt es insbesondere die speziellen Verhältnisse zu berücksichtigen. Hier spielen nämlich zusätzlich zu den politischen Fragen auch religiöse Überlegungen mit. Dies erschwert eine Einordnung in das klassische Links-Rechts-Spektrum.

Die Analyse des Ergebnisses der Volksabstimmung «Steuern runter» zeigt, dass es keine Korrelation zwischen diesen zwei Sachverhalten gibt. Diese Abstimmung ist insbesondere ein wichtiger Indikator, da sie die einzige war, bei der sich das Volk direkt zum Steuerfuss äussern konnte. Wenn man also die These, dass Gemeinden, welche tendenziell für tiefere Steuern stimmen auch das Nein zum Budget herbeigeführt hätten, prüfen will, so ist dieses Ergebnis von

zentraler Bedeutung. Denn exakt diese Abstimmung über den Steuerfuss zeigt, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Budget-Abstimmung und Steuerfussfragen gibt.

Ein weiteres Indiz, dass die These, dass bürgerliche Gemeinden das Nein zum Budget herbeigeführt hätten, nicht stimmt, bildet die Analyse des Wahlverhaltens bei den letzten Kantonsratswahlen. Wenn man für jede Gemeinde ausrechnet, wieviel Prozent SP, JUSO und AL zusammen machen und man diesen Anteil danach mit dem Nein-Stimmen-Anteil zum Budget vergleicht, so ist leicht ersichtlich, dass es eine Korrelation gibt. Nämlich dahingehend, dass Gemeinden, welche einen hohen Anteil an SP-, JUSO- und AL-Wählerinnen und -Wählern haben, tendenziell auch einen höheren Nein-Stimmen-Anteil beim Budget aufweisen.

## Fazit

Basierend auf den ausführlichen Analysen zum Stimm- und Wahlverhalten kann die von Rosmarie Widmer Gysel aufgestellte These, dass Gemeinden, welche bürgerlich wählen und abstimmen, das Nein zum Budget herbeigeführt hätten, nicht bestätigt werden. Vielmehr zeigen die Analysen, dass Gemeinden, welche für einen starken Service public und für höhere Steuern stimmen, auch Nein zum Budget gesagt haben.

## Fragen

Basierend auf den unter «Ausgangslage» dargelegten Sachverhalten, den unter «Analyse» aufgezeigten Befunden und unter «Interpretation» und «Fazit» dargelegten Schlüssen stelle ich Ihnen folgende Fragen:

- 1 Teilt der Regierungsrat die Ansichten von Rosmarie Widmer Gysel noch, welche sie gegenüber Radio Munot geäußert hat?
- 2 Falls ja, mit welcher analytischen Grundlage?
- 3 Mit welchen Methoden hat der Regierungsrat das Ergebnis analysiert und interpretiert?
- 4 Mit welchem Ergebnis?
- 5 Die Aussage, dass die 54.4 % Nein-Stimmen-Anteil nicht der Wählerbasis der SP entspreche und dass es somit auch Bürgerliche gegeben haben müsse, welche Nein gestimmt hätten, scheint plausibel. Der Schluss, dass diese Bürgerlichen dies jedoch wegen der geplanten Steuererhöhung getan hätten, muss aber, basierend auf den obigen Analysen, angezweifelt werden. Als Beispiel sei hier das Ergebnis der Prämienverbilligungsinitiative genannt. Dieses hätte es nach der These von Rosmarie Widmer Gysel so gar nicht geben können. Ist es für die Regierung auch denkbar, dass normalerweise bürgerlich wählende Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegen den Sparkurs der Mehrheit von Regierung und Parlament sind und dafür Steuererhöhungen in Kauf nehmen?
- 6 Welche Interpretation des Abstimmungsergebnisses wird die Regierung in die Ausarbeitung des neuen Budgets einfließen lassen?

Besten Dank für die Beantwortung meiner Fragen. Ich stehe gerne für Erläuterungen oder Gegenfragen zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Till Aders